

Die Forderungen der Staatsarbeiter.

Eine Massenversammlung im Rathaus.

Dienstag abend tagte in der Volkshalle des Rathauses eine massenhaft aus allen Kategorien der Staatsarbeiter und der staatlichen Angestellten besuchte Versammlung, die zu den Verhandlungen im Staatsangestelltenausschuß Stellung nahm. Unter den Versammelten, die die Volkshalle bis auf das letzte Plätzchen gefüllt hatten, befanden sich besonders viele Frauen. Als erster Redner sprach Abgeordneter Forstner.

Er schilderte die Verhandlungen im Subcomité des Staatsangestelltenausschusses, in dem die Regierung gegenüber den Wünschen der Staatsarbeiterschaft zuerst eine ablehnende Haltung eingenommen habe. Auch sei sie gewillt gewesen, die neuen Teuerungszulagen, die den Arbeitern gewährt werden sollen, erst am 1. Jänner 1919 zur Auszahlung zu bringen. Dazu seien in der Form die Zulagen und die Höhe der Anschaffungsbeiträge, wie es von der Regierung geplant war, völlig ungenügend. Die Löhne der staatlichen Arbeiter seien heute so elende, daß die Arbeiter heute schon nicht mehr auskommen können, geschweige erst dann, wenn die Teuerung, wie es tatsächlich geschieht, immer noch weiter fortschreitet. So bewegen sich im Münzamt die Löhne zwischen 3-90 Kronen bis 6-60 Kronen täglich, die Wochenlöhne der Buchdrucker in der Staatsdruckerei betragen 38 bis 43 Kronen, die der Hilfsarbeiter gar nur 15 Kronen. Für die Telegraphenarbeiter werden Grundwochenlöhne zwischen 27-30 Kronen und 30 bis 37 Kronen bezahlt. Salinenarbeiter beziehen Grundlöhne von 2-60 Kronen bis 4-70 Kronen im Tag. Es müsse daher jedermann klar sein, daß damit die staatlichen Arbeiter heute nicht mehr leben können. Sollen sie ihren Dienst noch weiter leisten, dann müsse auch die Regierung Vernunft annehmen und die Wünsche, mindestens eine fünfzigprozentige Teuerungszulage sowie Herbeischaffung von Lebensmitteln, restlos bewilligen.

Klöpl berichtet für die Arbeiterschaft des Münzamtes, daß die Zulagen, wie sie bis jetzt gewährt worden seien, für jede Person in der Familie einen Mehrbetrag von 28 Heller täglich ausmacht. Der Tagesverdienst eines Arbeiters betrage 10 bis 11 Kronen. Wenn man bedenkt, was ein Arbeiter, der von früh bis am Abend arbeitet, für sich allein ausgeben müsse, um nicht zu verhungern, so könne man sich wohl vorstellen, was da noch für die Familie zum Leben übrig bleibt.

Grosz für die Staatsdruckerei weist auf den hohen Krankenstand unter den Buchdruckern hin, die besonders jetzt infolge der mangelnden Ernährung schwer unter der Berufskrankheit, der Tuberkulose, leiden.

Battermann erklärt namens der Tabakarbeiter: Wenn der Finanzminister fortwährend darauf hinweist, daß der Notenumlauf schon so groß ist, daß Sparsamkeit am Platze sei, so müsse wohl festgestellt werden, daß daran die Staatsarbeiterschaft nicht schuld sei. Die Mitglieder im Staatsangestelltenausschuß müssen jetzt fest bleiben und dürfen auch nicht dulden, daß die Regierung ihre Beschlüsse ignoriert.

Schiffbedler (für die Salinenarbeiter) berichtet über die elenden Löhne, die in dieser Branche gezahlt werden. Die Höchstlöhne betragen hier 4-70 Kronen täglich.

Söberl (Telegraphenarbeiter) schildert, wie groß die Not in seiner Kategorie sei. Er selbst habe die letzte Tucht um den Betrag von 150 Kronen und die letzte Decke um den Betrag von 100 Kronen verkauft. Um das Geld habe er Mehl und Fett gekauft, um sich wieder einmal sattessen zu können. Jetzt sei der ganze Hausrat dahin.

Abgeordneter Rudolf Müller erklärt: Alle Zulagen, die heute gewährt werden, reichen zur Befriedigung eines halbwegs menschlichen Daseins nicht mehr aus. (Stürmische Rufe: Deshalb Frieden machen!) Es sei daher wirklich an der Zeit, daß die österreichische Regierung die Kriegsziele Deutschlands prüfe, damit wir endlich prüfen können,

(Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung wurde spät abends mit der einstimmigen Annahme einer Resolution geschlossen, in der erklärt wird, daß die Staatsarbeiterschaft an den Beschlüssen des Subcomités festhält und insbesondere darauf verharret, daß die Zulagen für Kinder mit 400 Kronen bemessen werden und deren Wirksamkeit am 1. August d. J. zu beginnen habe. Eine ganze Reihe von Staatsangestelltenorganisationen des Reiches hatte ihre Zustimmung zu dieser Kundgebung telegraphisch bekanntgegeben. Bemerkenswert muß auch werden, daß in der Nähe des Rathauses ungemein viel Wache aufgeboten war.